

ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

Nicht Atomluftschutz, sondern Völkerbewahrung!

Die *Deutsche Rundschau* veröffentlicht an der Spitze ihres Maiheftes 1962 die folgende Betrachtung:

„Das *Leitmotiv aller Maßnahmen* müsse sein, einem *Maximum* der Bevölkerung, so *klein* dies auch immer sein möge, das Überleben zu ermöglichen. So Innenminister *Höcherl* vor dem DIHT in Bremen.

Der Widerspruch, der Widersinn zwischen sittlichem Auftrag des hohen Amtes und der in prekärster Lage zu fassenden Beschlüsse ist besonders den Trägern höchster Ämter zum Verhängnis geworden. Die durch Forschung und Technik bewirkten extremsten Bedrohungen bringen alle gegen sie gefaßten Maßnahmen um Sinn und Wirkung. Der in die Regierung berufene hohe Funktionsträger, dem Existenz, Schutz und Wohlergehen der Bevölkerung unter Eid anvertraut worden sind, findet in den zu Vernichtung gedrängten Mächten der Physik und Chemie seinen gefühllosen, kalten, jeder individuellen Rücksichtnahme enthobenen Widerpart. Dieser Widerpart bricht seinem Blick die Richtung auf die Gesamtheit, der er zu dienen hat, und der er nur im Hinblick auf den einzelnen gerecht zu werden vermag. Dieser Widerpart, diese in einige Formeln geballte Vernichtung zwingt ihm das sicherlich auch ihm selbst peinliche und peinigende Sichbescheiden mit einer möglichen, mehr oder weniger großen Anzahl Überlebender ab; für ein Maximum der Bevölkerung, so klein dies auch immer sein möge. Dies *minimale Maximum* könnte Formel für das Verhängnis sein, die auch die widersprüchliche Sorge um die Überlebenden, statt um das Volksganze, enthält, dessen Schutz man eben nicht mehr in Betracht ziehen kann. Das Sichrüsten für Katastrophen, denen nur noch *Überlebende* entrinnen können, empfindet jeder noch normale Mensch als un-

menschliche, unsinnige und im Kern solcher Beschlüsse unsittliche Zumutung. Aber selbst für dies Minimum an Überlebenden kann eine Gewähr ungefährdeten Weiterlebens mit allen vorgesehenen und schon eingeleiteten Maßnahmen nicht geboten werden. Um so unwahrscheinlicher, im Effekt täuschender, wirken die unzureichenden Anordnungen der Zerstörung gegenüber, die das elementarste Dasein ergreift. Solches Ungenügen noch als fürsorglich zu preisen und statistisch aufzurüsten, vermehrt nur das allgemeine Unbehagen. Es ist die Tragik dieser Situation, die den Versuch eines jeden Nachweises, daß man das menschenmögliche tue, paralyisiert.

So kann man den Vorwurf, es geschehe für den Bevölkerungsschutz zu wenig, noch so energisch zurückweisen, er bleibt bestehen, wenn die Argumente gegen den Vorwurf nicht ausreichen. Die 70 bis 80 Arzneimitteldepots, die für 20 Tage ausreichenden Lebensmittelvorräte in den Ballungsgebieten, die im neuen Bundesetat für den zivilen Bevölkerungsschutz vorgesehenen 860 Millionen DM, die mit einer Kopfquote von 15 DM die Bundesrepublik in die Spitzengruppe der westlichen Länder rücke, das Bündel neuer Gesetze, die Förderung des Selbstschutzgedankens, die Behauptung, daß damit die Bundesrepublik für Krisenzeiten ausreichend vorbereitet sei, wird durch das Eingeständnis, daß angesichts der raschen Wandlung in der militärischen Entwicklung ein Staat niemals einen totalen Schutz für die Bevölkerung schaffen könne, negiert. Es endet wieder bei dem Schluß auf die Überlebenden; besonders, da auch nur mit wenigen Minuten Warnzeit gerechnet werden kann und damit Evakuierungen und andere Maßnahmen von Überminute-Dauer nicht mehr in Frage kommen.

Der Sturm der Empörung, auf den man sich für die für den einzelnen geplanten Notverordnungen gefaßt macht, enthält ja schon in der Wahl des mit tragischer Ironie gewählten Ausdrucks den ‚Schrei der Verzweiflung

und der Angst' all diesen Unzulänglichkeiten gegenüber und der geringen Aussicht, zu den Überlebenden zu gehören. Dahin gehört auch die Absicht, „in ganz ernstesten Situationen' die Pressefreiheit einzuschränken, also den Empörten, Verzweifelten den Protest in Wort und Tat vom Munde und aus der Hand zu nehmen.

Wer aber wird in ganz ernstesten Situationen', wenn die Vernichtung ausgebrochen ist, die Leichenberge wegräumen, wie sollte das vor sich gehen; was werden in der Anarchie der Zerstörung die Arzneimittelvorräte, die Lebensmitteldépos für 20 Tage nützen; werden die Überlebenden nicht die Toten vielleicht beneiden, da es In den verseuchten Ländern wahrhaft ein begehrenswertes Überleben nicht mehr geben kann? Weder die 860 Millionen im Bundesetat mit der Kopfquote von 15 DM noch die 75 Milliarden, die für einen zivilen Bevölkerungsschutz ausreichend sein sollten, können der Anarchie der Zerstörung und Verzweiflung ernsthaft wehren. Sie wäre durch ein Maximum an Davongekommenen nicht zu bewältigen, geschweige durch ein Minimum an Überlebenden solch massiertem Grauen gegenüber.

Was aber tun? Da der Mensch dies dem Menschen zugedacht hat, kann auch nur der Mensch den Menschen davor bewahren. Er muß die Unsinnigkeit solcher Konzeptionen einsehen. Die Staatsmänner als Diener ihrer Völker müssen zu Ausgangspunkten zurückkehren, von wo aus sie die Zukunft der Menschheit verantworten, ihre Existenz und ihr Gedeihen sichern können. Sie müssen sich und die ihnen Anvertrauten von dem dumpfen Alpdruck befreien, als sei das drohende Schreckbild Schicksal oder Fatum, unabweichlich hinzunehmendes Strafgericht, ein Gewitter, unter dem Himmel und Erde bersten. Es ist kein Schicksal, es ist Menschenwerk und Menschenwille. Kein Staatsmann, der sich durch Mitschuld an der ausgelösten Katastrophe in den vernichtenden Orkan mit hineingezogen findet, wird ihn in seiner von Grund auf sittlich konzipierten Funktion überleben. Was sollen da noch Notstandsgesetze und Maulkörbe, wo am Ende der Völkerebstmord und das Verstummen, die unartikulierte Verzweiflung übrigbleiben.

So gut wie die Menschen die Katastrophe vorbereiten konnten, liegt es in ihrer Hand, die Völkerbewahrung durchzusetzen, und mit wieviel mehr Freude an solchem Werk, das allein als Menschenwerk zu preisen ist. Zu leisten wäre nicht weniger, aber zu welchem besseren Ende, wenn Völkerverständigung und Bewahrung zum *Leitmotiv aller Maßnahmen* erhoben würden.“

Wir haben diesen überzeugenden, aufrüttelnden Gedanken nichts hinzuzufügen — es sei denn die Erinnerung an Heft 2/1962 der

GM, in dem *Noel-Baker, Elisabeth Rotten, Fritz Vilmar* und *Arnold Künzli* gezeigt haben, daß man nicht „mit der Bombe leben“ kann und daß „Atomluftschutz“ ein „tödlicher Wahn“ ist.

Die Auseinandersetzungen werden härter

Die Artikel, die in den meisten deutschen Gewerkschaftszeitungen zum 1. Mai von den Vorsitzenden der Industriegewerkschaften veröffentlicht wurden, heben hervor, daß die Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik härter geworden sind. Als Beispiel zitieren wir die treffenden Betrachtungen, die *Heinrich Gutermuth*, 1. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, in der 1.-Mai-Ausgabe 1962 der *Einheit* veröffentlicht. Gutermuth erinnert an die aktuellen Tagesaufgaben seiner Gewerkschaft, aber auch „an unsere Grundsatzforderung von der Neuordnung des Bergbaus nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Sie zu verwirklichen, bedeute mehr wirtschaftliche Ordnung in den Betrieben und mehr soziale Sicherheit für die Beschäftigten ... Das ist ein vielfältiger Aufgabenkreis, den unsere Gewerkschaft zu bewältigen hat. Im letzten aber muß jeder einzelne Arbeitnehmer gewerkschaftlich bewußt sein und aktiv mitdenken, wenn die gesteckten Ziele erreicht werden sollen“.

Abschließend sagt Gutermuth: „Sowohl die in fast allen Wirtschaftsbereichen zu beobachtende Tendenz zur Verhärtung der Fronten durch die Unternehmer als auch die Reden der Politiker a la *Mende* und *Erhard* dürften dem letzten Bergarbeiter und Bergbauangestellten klargemacht haben, daß die Auseinandersetzungen um den sozialen Fortschritt härter werden. Wir haben diese Härte nicht gewollt. Wenn sie uns aber aufgezwungen werden soll, dann werden wir diese Herausforderung annehmen. Um die Durchsetzung von Recht und Gerechtigkeit waren wir Gewerkschafter noch nie schlechte Kämpfer. Das sollten all jene zur Kenntnis nehmen, die immer noch nicht die Zeichen der Zeit und damit die Bedeutung, aber auch die Kraft der modernen Gewerkschaftsbewegung begriffen haben.“

Also wird der Kampf weitergehen ...

In Heft 5 der *Frankfurter Hefte* schreibt Dr. *Herbert Ehrenberg* unter dem Titel „Der Streit um den Lohn“ über konjunkturelle Aspekte der Lohnpolitik. Aus Raumgründen müssen wir leider darauf verzichten, über die Gedankengänge von Dr. Ehrenberg (die unseren Lesern im wesentlichen aus seinen Veröffentlichungen in unserer Zeitschrift bekannt sind) hier zu berichten. Die Diskus-

sion der von Ehrenberg aufgeworfenen Fragen wird anschließend in einem *Nachwort der Redaktion der Frankfurter Hefte* um einige interessante Gesichtspunkte bereichert; dieses Nachwort möchten wir hier wiedergeben:

„Herbert Ehrenberg argumentiert systemimmanent, er beruft sich auf die allgemein anerkannten Grundregeln der sogenannten Sozialen Marktwirtschaft. Er begründet aus ihnen sowohl die Berechtigung aktueller Forderungen der Gewerkschaften an die Arbeitgeber als auch seine eigenen Forderungen an die Regierung. Diese Begrenzung auf den Status quo ist insofern vernünftig, als ein anderes Modell, etwa ein ‚Freier Sozialismus‘, weder von Theoretikern noch von der SPD noch vom DGB angeboten wird. Übrigens stünde auch für den Fall, daß ein solches Modell verfügbar und plausibel wäre, keine kräftige und ihrer selbst bewußte politische Bewegung zur Verfügung, deren Führung es zuerst parlamentarisch durchsetzen und dann mit Energie, Sachverstand und politischer Klugheit für lange Zeit durchziehen könnte. (Denn mit einer Änderung von Wirtschafts- und Sozialstrukturen, die in der folgenden Wahlperiode wieder dem Sieg der Gegengruppe zum Opfer fielen, wäre uns nicht gedient.) Ehrenbergs Berufung auf das zur Zeit gültige ‚Leitbild‘ entbehrt im übrigen nicht der Pikanterie: daß die Arbeiter im Rahmen der geltenden Spielregeln ihre rar und daher kostbar gewordene Arbeitskraft ebenso teuer verkaufen sollten, wie in unserer Wirtschaft nicht nur jeder Produzent eine seltene Ware, sondern auch jeder qualifizierte Fachmann seine Leistung verkauft, das ist ebenso einleuchtend wie provozierend. Es ist eine nüchterne Feststellung angesichts der Seelen-Massagen des Herrn Wirtschaftsministers.

Freilich kommt auch Ehrenberg zwar ohne Seelen-Massage, aber nicht ohne einen Appell aus. Er appelliert an die Regierung, die systemkonformen Mittel der Steuerung und Lenkung anzuwenden, um sowohl die erstrebte Mäßigung und Stabilisierung der Konjunktur als auch eine zumutbare Verteilung der Sozialprodukte zu erreichen. Aber wird diese Regierung ihn (und uns und viele andere) hören? Eine Regierung, die um der Ideologie des Volkskapitalismus willen die Aktien der größten Automobilfabrik privatisiert, mit Hilfe derer sie die Preise der Kraftwagen drücken könnte?“

Die Redaktion der *Frankfurter Hefte* erinnert dann an den Leitartikel, der in ihrem Dezemberheft 1961 unmittelbar nach der Bildung der jetzigen Regierung veröffentlicht wurde; daraus zitiert sie folgende Sätze:

„Das Regime Adenauers war ein durch die Rücksicht auf die Wählermassen (und auch auf den Arbeitnehmerflügel der CDU)

gemildertes kapitalistisches Regime mit spürbaren Tendenzen zu einem Neofeudalismus: der fixierten Herrschaft einer politisch-wirtschaftlichen Minderheit. Nun aber wird sich mit der eisernen Logik der Tatsachen das soziale Klima erst recht verschlechtern. Durch die Beteiligung der FDP an der Regierung werden zwar die immerhin neoliberalen — zum Beispiel kartellfeindlichen — Züge in Erhards persönlicher liberal-kapitalistischer Konzeption nicht beseitigt, auch nicht die Gesinnungen und Wünsche vieler ehrenwerter Abgeordneter der CDU/CSU, die die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Regierung Adenauer/Erhard kritisiert und zum Teil auch gebremst haben; aber es ist nicht mehr zu sehen, wie diese korrigierenden Kräfte noch zum Zuge kommen könnten ... ‚Die Wirtschaft‘ hat bisher sowohl auf die CDU als auch auf die FDP gedrückt, und als die FDP nicht in der Regierung war, haben verschiedene Wirtschaftsmächte zuweilen in verschiedener Richtung gedrückt. Diese Schwierigkeit ist so gut wie behoben. Geld, das durch eine zweckdienliche Organisation bisher allen nicht-sozialistischen Parteien zugute kam, stützt eindeutig nun die Koalition und wird sie in dem Maße beeinflussen, wie sie sich beeinflussen lassen will und muß. Zum Charme des Geldes kommt der der Macht, des Prestiges und der ‚Erfahrung‘. Die Indiskretionen über den Inhalt des Koalitionsabkommens geben nur einige Andeutungen, aber gerade in diesem Bereich kommt es nicht auf die Verabredung vom Oktober 1961, sondern auf die Machtrealitäten der nächsten Jahre an ...“

Soweit das Zitat der *Frankfurter Hefte* aus ihrem Dezemberheft 1961. Nun heißt es im Maiheft 1962 weiter:

„Stimmt das — und die Diskussion der letzten Wochen bestätigt diese Prognose —, so wird die Regierung weder für eine Verlangsamung, aber Sicherung der Konjunktur, noch für einen gerechteren Anteil der Arbeitnehmer am Wirtschaftserfolg, also für angemessene, nämlich nicht überhöhte Preise sorgen. Obwohl sie dazu auch im Rahmen der derzeitigen Wirtschaftsform in der Lage wäre. Sie wird dergleichen nicht wollen, und wenn sie wider Erwarten so weise würde, es zu wollen, so wird sie es nicht können.

Also wird der Kampf weitergehen. Initiativ wird er von ‚oben‘ geführt werden, ohne daß das große Publikum das bemerken wird; defensiv, aber durch spektakuläre scheinbar offensive Lohnkämpfe, werden ihn die Gewerkschaften führen. Da man diese an die Faktoren, die den Preis bestimmen, nicht heranläßt, sind sie gezwungen, am einzigen Punkt anzusetzen, der ihnen zugänglich ist: am Nominallohn. Sie sind gezwungen, im notwendigen Interesse der Arbeitnehmer etwas Bedenkliches zu tun, oder besser, etwas zu tun, was durch die Taten und Unterlas-

sungen der Wirtschaft' und der Regierung bedenklich wird.

Niemand weiß, wie lange das verhängnisvolle Spiel weitergehen wird, und wann und wie aus den Folgen selbst Veränderungen im Bewußtsein sich ergeben werden, die eine neue Politik möglich machen. Niemand weiß auch, ob eine zeitweilige Lösung im Rahmen der 'Sozialen Marktwirtschaft', wie sie Ehrenberg skizziert, überhaupt noch möglich sein wird. Niemand weiß leider auch, ob sich die Sozialdemokraten oder andere Leute dazu rüsten, eines Tages jenen Rahmen zu sprengen. Immerhin ein Grund mehr, das italienische Experiment zu beobachten."

Vom Elend der deutschen Kulturpolitik

In Heft 8/1962 der *Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung* veröffentlicht deren Chefredakteur Dr. K. Bungardt Betrachtungen zur Kulturpolitik der Bundesrepublik, die unsere Aufmerksamkeit verdienen. Zunächst befaßt sich Dr. Bungardt mit der jüngsten kulturpolitischen Debatte im Bundestag:

„Es hat 40 Monate gedauert, bis im Deutschen Bundestag wieder eine kulturpolitische Debatte angesetzt wurde. Ob 1., 2., 3. oder jetzt 4. Bundestag — vieles ist sich gleichgeblieben. Geblieben ist die Unverdrossenheit, mit der in Reden und Artikeln gemahnt wird, daß die Kulturpolitik eine Frage des Selbstbewußtseins eines modernen Staates, ja eine Schicksalsfrage der Nation geworden ist. Gleichgeblieben ist die besorgte Frage, ob sich die Parteien wohl darin einigen könnten, daß Wissenschafts- und Kulturpolitik für die Selbstbehauptung eines Volkes letztlich bestimmend sind. Es sind nur einige wenige Unentwegte, die so schreiben und fragen; das Plenum des Deutschen Bundestages aber fühlt sich nicht einmal zu einer bloßen Demonstration dieses Selbstbewußtseins und dieses Selbstbehauptungswillens veranlaßt, so daß auch gleichgeblieben ist der bedrückende Anblick des großen Halbrunds leerer Sitze, mit dem das ‚Hohe Haus‘ zumindest nach außen hin sein mangelndes Interesse demonstrierte, wie es seit eh und je bei der Erörterung des gleichen Themas geschehen ist.“

Es hat sich aber auch, einiges geändert, und zwar zum Schlechteren, stellt Dr. Bungardt fest: „Das entscheidende Ergebnis der Debatte ist darin zu sehen, daß sich die finanzielle und moralische Förderung des deutschen Schul- und Bildungswesens durch den Bund künftig ausschließlich der wissenschaftlichen Forschung und Lehre zuwendet. Das wird zur Folge haben, daß sich neben der horizontalen Länder-Autonomie eine weitere entwickeln wird: die vertikale Autonomie der einzelnen Bildungsstockwerke. Dem obersten Stockwerk gilt die Sorge des Bundes

und des Wissenschaftsrates, nur ihm kommt das Mäzenatentum vieler anderer Institutionen und Organisationen zugute, und die Westdeutsche Rektorenkonferenz wacht eifersüchtig darüber, daß dieses Stockwerk der traditionellen akademischen Elite vorbehalten bleibt. Sie verwarft sich dagegen, daß neu-aufsteigende Berufe — wie etwa die Lehrer der Volks- und Berufsschulen — so verwegen und anmaßend sind, einen Raum in diesem Stockwerk zu beanspruchen ... Lehrermangel, Schulraumnot und alle anderen akuten Notstände der deutschen Schule sind für diejenigen uninteressant geworden, die sich in dem oberen Stockwerk eingerichtet haben oder sich nur um deren Sorgen kümmern.“

In derselben Ausgabe der *Allgemeinen Deutschen Lehrerzeitung* kritisiert Dr. Bungardt ferner das Verhalten der Bundesregierung gegenüber dem so wichtigen Problem der politischen Bildung. Unter dem peinlichen Eindruck der Hakenkreuzschmierereien in den Weihnachtstagen 1959 hatte die Bundesregierung im Jahre 1960 eine Kommission „zur Beratung in Fragen der politischen Bildung der deutschen Jugend“ eingesetzt. Kürzlich hat nun ein neugieriger Abgeordneter den Bundesminister des Innern gefragt, wie oft diese Kommission bisher getagt habe. Dr. Bungardt schreibt:

„Zwölf gelehrte Männer: Theologen, Philosophen, Historiker, Politologen und schließlich auch Pädagogen traten im Dezember 1960 zusammen, um die angekündigte Kommission zu konstituieren. Seitdem sind anderthalb Jahre vergangen, und es ist inzwischen manches für die politische Bildung Bedeutsames geschehen. Aber von dieser Kommission hat man nie etwas gehört, und sie wäre völlig vergessen worden, hätte man jetzt im Bundestag nicht nach ihr gefragt. So aber erfuhr man, daß die Kommission bisher zwei Sitzungen abgehalten hat und daß die inzwischen gebildeten Unterkommissionen zu drei Sitzungen zusammengekommen sind. Man erfuhr dabei auch, daß diese Kommission ein autonomes Professorenkollegium ist, das sich seine Aufgaben selber stellt, und daß der Bundesinnenminister keinen Einfluß darauf auszuüben vermag, mit welchen Themen es sich beschäftigt. Und schließlich teilte der Minister mit, daß die Arbeitsergebnisse des Gremiums nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind ... Wir sind nach wie vor und nach dieser Aufklärung erst recht der Meinung, daß es sich bei diesem Beirat für Fragen der politischen Bildung um eine höchst überflüssige Einrichtung handelt, weil sie denen keine Hilfe bringt, die sich Tag für Tag in Tausenden von Klassen um die rechte politische Bildung und Erziehung unserer Jugend bemühen. Und auf diese kommt es an.“

Wahrlich: Es ist ein Elend um die deutsche Kultur- und Schulpolitik! W. F.